

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

21 (14.1.1919) Mittagausgabe

Badische Presse.

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe.
Weitans größte Bezugszahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von
H. Erb, Thiergarten.
Chefredakteur: Albert Dergon.
Verantwortlich für alle Redaktionen, Druck- und Verlagsangelegenheiten: Anton Hubold, Thiergarten, Karlsruhe und allgemein: H. Erb, Thiergarten, Karlsruhe.
Chronik u. Sport: H. Hubold, Thiergarten, Karlsruhe.
Für den Anzeigenteil: H. Hubold, Thiergarten, Karlsruhe.
Vertrieb: H. Erb, Thiergarten, Karlsruhe.
Anzeigen.
Die Spaltenzahl 30 Spalten.
Die Zeilenzahl 12 Zeilen.
Die Zeilenlänge 12 Zeilen.
Die Zeilenbreite 12 Zeilen.
Die Zeilenhöhe 12 Zeilen.
Die Zeilenbreite 12 Zeilen.
Die Zeilenhöhe 12 Zeilen.

Bezugs-Preise:
Ausg. A ohne „Wochenspiegel“ 1,22 1,42
Ausg. B mit „Wochenspiegel“ 1,35 1,55
In Karlsruhe: monatlich 1,35 1,55
Im Verlage abgeholt 1,22 1,42
in d. Reichspost 1,35 1,55
frei ins Haus ge-
liefert 1,35 1,55
Auswärts: bei Ab-
holung a. Postschalter 1,22 1,43
Durch d. Briefträger
tägl. 2mal ins Haus 1,46 1,67
Einzelnummer 10 Pf.

Geschäftsstelle:
Städt. und Kammer-Geb. nächst
Kaiserstraße und Marktplatz.
Postfach-Nr. 359.

Nr. 21.

Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86.

Karlsruhe, Dienstag den 14. Januar 1919.

Telefon: Redaktion Nr. 809.

35. Jahrgang.

Deutschlands wirtschaftliche Erdrosselung. Ein deutscher Protest an die Alliierten.

WTB. Berlin, 13. Jan. Die deutsche Regierung hat heute durch die Weissenhof-Kommission in Spaan den Vertretern der Entente über die (schwebenden) Finanzfragen folgende Note überreichen lassen: „Bei den in Mainz über die Anwendung des Art. 19 des Waffenstillstandsvertrages verhandelten Verhandlungen hat der Finanzkommissar der Alliierten eine Note übergeben, die das höchste Maß dessen darstellt, was Deutschland seit Einstellung der Feindseligkeiten zugemutet worden ist. Es werden darin

„1. in sachlichen Beziehungen Forderungen gestellt, die in keinem Zusammenhang gebracht werden zu Artikel 19 des Waffenstillstandsvertrages, wonach die Werte, die den Alliierten als Sicherheit für Entschuldigungsansprüche dienen können, ihm nicht entzogen werden können. Die Forderungen der Alliierten können vielmehr lediglich dazu dienen, ein finanzielles Mandat Deutschlands der Entente gegenüber zu statuieren. Es wird darin in die Privatrechte der deutschen Eigentümer eingegriffen und zwangsweise ein Auslandsvermögen Deutschlands eingeführt. Es wird, um einige Beispiele anzuführen, jede Ausfuhr fremder Werte in das Ausland von der Genehmigung des Finanzkommissars abhängig gemacht. Es wird im Gegenzug zu den keinerlei in Art. 19 ausdrücklich gemachten Zusicherungen erklärt, daß die Genehmigung auch insoweit erforderlich ist, als ein deutsches Verfügungsverbot nicht besteht. Der Umfang der Einfuhr von Lebensmitteln, Rohstoffen und Fertigfabrikaten nach Deutschland soll künftig von den Alliierten bestimmt werden. Auch die Rückzahlung von Krediten, welche von Privat im Auslande aufgenommen werden, soll genehmigungspflichtig sein. Desgleichen soll die Zustimmung des Finanzkommissars abhängig sein, ob die deutsche Beamten im Auslande ausüben können. Die von der Reichsbank bewilligten Devisen sollen jeden Tag dem Finanzkommissar vorgelegt werden. Es werden genaue Inventarverzeichnisse über alle irgend denkbaren Materien verlangt.

„2. aber entfernt sich der Ton der Note, aus dem unerbittliche Forderungen, Deutschland schädigen und demütigen zu können, vollkommen und wesentlich von dem Tone, der bisher seit Einstellung der Feindseligkeiten üblich war. So wird, abgesehen von der im zwischenstaatlichen Verlebe durchaus zu beanstandenden Diktum im Einzelnen im Artikel 8 erklärt, daß die Note nicht etwa das Resultat einer Vereinbarung sei, sondern lediglich die vorläufige Umwälzung des Finanzkommissars an die deutsche Regierung wiedergibt, deren Abänderung, Ergänzung und Verschärfung er sich jederzeit vorbehalte. Die deutsche Regierung legt hiermit nachdrücklich und ernsthafte Beschwerde ein. Sie erklärt, daß sie außerstande ist, die Note anzunehmen. Deutschland ist in dieser Angelegenheit an der Grenze dessen angelangt, was es hinnehmen kann. Die deutsche Regierung gibt der bestimmten Hoffnung und Erwartung Ausdruck, daß die Alliierten in der Ausführung des Artikels 14 des Waffenstillstandsvertrages einen Weg finden werden, den zu folgen die Würde Deutschlands gestattet.

„Die deutsche Regierung hält aber ferner den Zeitpunkt für gekommen, an dem es ihre Pflicht ist, die Aufmerksamkeit der alliierten und assoziierten Regierungen auf folgende Punkte zu lenken: In der Masse des deutschen Volkes beginnt der Gedanke aufzukommen, die Alliierten hätten die Willkürliche Punkte, nach denen Deutschland als freies Volk unter den Völkern leben soll, nur angenommen, um Deutschland erst wehrlos zu machen und es danach zu verewaltigen. Die Wehrhaltung der Völkerei, die Finanzsicherung der Versorgung mit Lebensmitteln, die wirtschaftliche und politische Absperrung zwischen dem Innern und dem rechten Rheinufer machen das deutsche Volk aufmerksam.

„Im Vertrauen auf die Note des Staatssekretärs Lansing vom 6. November hat Deutschlands Heimat und Herz einen weiteren Kampf als unnötig aufgegeben und die Waffen niedergelegt. Wenn jetzt die alliierten und assoziierten Regierungen dadurch, daß sie den Friedensschluß hinauszögern und den Waffenstillstand als ein Instrument zur vorherigen wirtschaftlichen Erdrosselung Deutschlands handhaben, ihrer in einem der feierlichsten Momente der Geschichte abgegebenen Erklärung entgegenhandeln, so vermag das deutsche Volk darin keine Kriegskrieg zu erblicken, sondern ein solches Vorgehen erscheint ihnen als außerhalb jeden menschlichen Verständnisses und gütlichen Rechtes stehend, das jedes Gefühl für eine Veröhnung der Völker erlösen müßte und für das es kein Verzeihen und Vergessen gibt.

(gez.) v. Brockendorff-Ranhan.

Das besetzte Ungarn.

Von unserem Korrespondenten.

Budapest, im Januar. In dem Waffenstillstandsvertrag, den Ungarn mit der Entente in Belgrad abgeschlossen hat, hatten sich die Sieger das Recht ausbedungen, ihre Truppen an der deutsch-rumänischen Grenze entlang bis zu einer vereinbarten Demarkationslinie auf ungarisches Gebiet vorzuschieben zu dürfen. Außerdem behielt sich der französische Oberkommandierende das Recht der Besetzung wichtiger strategischer Punkte vor. Zu diesen gehört auch Budapest. Die ungarische Regierung hat diese Bedingungen angenommen weil sie der Meinung war, daß es sich nur um eine militärische Maßnahme zur Sicherung der Ruhe und Ordnung handle und weil ihr ausdrücklich gar das Recht zuerkannt wurde, bis zur allgemeinen Friedenskonferenz in ganz Ungarn die Verwaltung ausüben und auch ihre Sicherheitsorgane in den zu besetzenden Gebieten belassen zu dürfen. Die Entente hat von den Rechten dieses Abkommens mehr als vollen Gebrauch gemacht, die eingegangenen Verpflichtungen aber in keiner Weise eingehalten.

Die Besetzung der Gebiete bis zur Demarkationslinie wurde den Truppen derjenigen Länder übertragen, die territoriale Ansprüche auf diese ungarischen Komitate erheben. Der französische Oberbefehlshaber erleichterte es dadurch den Serben und Rumänen, diejenigen Gebiete Ungarns, auf die sie mehr oder weniger begründete Ansprüche erheben, schon vor der Friedenskonferenz unter ihre Macht und Verwaltung zu bringen und mit allen Mitteln der Verführung, Drohung und Gewalt der Entscheidung am grünen Tisch vorzugreifen. Die Demarkationslinie steht nur noch auf dem Papier. Sie ward allerorts überschritten, und der rumänische Oberbefehlshaber hat bei ungarischen Regierungsmitteln lassen, daß seine Truppen sämtliche 26 Komitate, auf die die Rumänen Anspruch erheben, besetzen. Klauenburg, die Hauptstadt Siebenbürgens, die ebenfalls außerhalb dieser Linie liegt und fast nur deutsche und ungarische Bevölkerung zählt, muß

ebenfalls geräumt werden. Vergebens protestiert die Regierung Karols gegen diese schwere Verletzung des Waffenstillstandsvertrages. Die Rumänen berufen sich auf die Entente, in deren Auftrag sie handeln, und die französischen Bevollmächtigten in Budapest bestätigen ihr Einverständnis mit diesem rechtswidrigen Vorgehen gegen einen Gegner, der die Waffen gestreckt und sich im Vertrauen auf den Waffenstillstandsvertrag wehrlos gemacht hat. Es wurde daraufhin sogar durch ein besonderes kaiserliches Dekret Siebenbürgen gänzlich dem rumänischen Staate einverleibt erklärt.

Unabhängiges Leid und Elend bringt die Entente dadurch über eine unschuldige Bevölkerung, deren Männer und Söhne 4½ Jahre gekämpft haben für den Schutz der Heimat vor feindlichem Einfall. Nun da sie Frieden gemacht haben, kommen die eroberten Gebiete Nachbarn ins Land, treten wie die Herren und Sieger auf, verjagen die Beamten, requirieren ohne Entgelt Getreide und Lebensmittel, sperren der Verkehr und behörden jeder, der sich ihren Anmaßungen widersetzt. Kommt es wie immer häufiger in letzter Zeit zu Plünderungen und Mordtaten, so behauptet man, es handle sich um irreguläre Banden. Es wird ganz nach altem Balkanrezept gearbeitet. Man inzeriert Ueberfälle, schürt heimlich die Leiden, schäfen und legt dann im Interesse der Ordnung und Sicherheit auf das ganze Gebiet Besatz. Diefelbe traurige Lage herrscht in den Komitaten, die o. Böhmen grenzen. Die Tschechen haben eine große Anzahl ungarischer Komitate besetzt. Es kommt fast täglich zu blutigen Zusammenstößen; räuberische Banden plündern die Gutsbesitzer aus und nehmen den flüchtenden Besitzern die Geldtasche ab. Budapest fällt sich mit Flüchtlingen, mit obdachlos gewordenen Bürgern und Beamten der besetzten Gebiete und ist selbst abgeschnitten von den fruchtbaren Gebieten, aus denen es Getreide und Lebensmittel bezog, von der Industrie- und Kohlenbezirke.

Mit bitterem Schmerz weisen die Blätter darauf hin, daß Ungarn bald nur noch Budapest und Umgebung verbleibt. Wie wird diese Millionenstadt existieren können, wenn man sie von dem Hinterland mit keiner Fruchtbarkeit und seinen Rohstoffen abschneidet? Sie vermag sich angesichts der Zustände, die die Entente hier geschaffen hat, in einen solchen Krater. Die Regierung, die sich durch die Auflösung der Armee ihrer Sicherheitsorgane beraubt hat, erhebt für Budapest Ententetruppen herbei, um gegen die Politik der Entente zu kämpfen. Aber diese Schutztruppen kommen nicht. Seit vier Wochen wird fast täglich ihre Abkunft in den Zeitungen gemeldet. Man berät, mit welcher Grad Herzenswärme man sie empfangen soll. Die ungarische Weissenhof-Kommission hat ihr Amt niedergelegt, weil sie von dem französischen Bevollmächtigten auf ihre Anfragen und Vermehrungen gegen die Waffenstillstandsbedingungen überhaupt keine Antwort bekommt. Frankreich weist das besetzte Ungarn mit feindlichen Feinden zur Ausübung hin.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden

Neue Eigenmächtigkeiten der Entente.

D. Berlin, 14. Jan. (Privat.) Der „Kreuzzeitung“ zufolge hat die Entente mit der Schweiz einen neuen Kohlenlieferungsvertrag abgeschlossen, dem zufolge der Schweiz 60 000 Zentner Saarkohlen und 15 000 Zentner linksrheinische Braunkohlen zugeführt werden. Die Bezahlung der Kohlen soll direkt nach Paris erfolgen. Dieser Vertrag ist ein offenes sich Hinwegsehen der Entente über die Rechte des deutschen Reiches, das entschieden Widerspruch herausfordert.

Die neuen Waffenstillstandsverhandlungen.

WTB. Berlin, 13. Jan. Marshall Foch hat mitteilen lassen, daß die Verhandlungen zur Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens am 16. Januar, vormittags, in Trier im Bahnhof begannen werden. Sofort nach seinem Eintreffen wird er angeben, zu welcher Zeit die erste Zusammenkunft der Delegierten stattfinden kann. Bekanntlich nehmen an den Verhandlungen von beiden Seiten die Delegierten teil, die keiner Zeit an den Verhandlungen im Compiegne und bei der ersten Verlängerung des Waffenstillstands teilgenommen haben.

WTB. Berlin, 13. Jan. Zum Ablauf des Waffenstillstands stellt die „Germania“ Tatsachen zusammen, welche beweisen, daß die Entente bestrebt ist, in peiniglicher Weise die Notlage des deutschen Volkes zum eigenen Vorteil auszunutzen. Die deutsche Waffenstillstandskommission könne der vorbestimmten und einmütigen Unterstützung des ganzen deutschen Volkes sicher sein in der Forderung nach einer gerechten Durchführung des Waffenstillstandsvertrages und nach baldigem Abschluß eines Präliminarfriedens, der die Unterlagen schaffe für einen dauernden Frieden der Verständigung und des gegenseitigen Vertrauens unter den Völkern.

Die Aufhebung der Hungerkloade beabsichtigt?

D. Haag, 14. Jan. (Privat.) Der bekannte politische Korrespondent Dr. Dillon telegraphiert: „Wir erfahren aus zuverlässiger Quelle, daß die Aufhebung der Blockade gegen die Zentralmächte als erster Punkt auf der Tagesordnung der Friedenskonferenz stehe. Alle amerikanischen Delegierten hätten die Meinung befundet, daß die Abschließung der Zufuhr mit Lebensmitteln und Rohstoffen nach den Ländern der Zentralmächte sehr ernste Folgen haben könne.“

Der Vorbehalt der Völkerbundgründung.

D. Haag, 14. Jan. (Privat.) Aus Paris wird gemeldet: Das Blatt „Greffier“ hat Bourgeois interviewt. Dieser sagte, daß er in Übereinstimmung mit Clemenceau 5 Vor schläge machen werde, von denen vom Standpunkte Deutschlands aus als der beachtenswerteste erscheine, daß nur Verhandlungen gegen Nationen, deren Regierung auf einer gewissen und kräftigen Basis begründet sind, als Mitglieder des Völkerbundes zugelassen werden können.

Was wird aus unseren Kriegsgefangenen?

st. Freiburg, 12. Jan. Gestern fand hier eine aus Stadt und Oberland zahlreich besuchte Versammlung von Angehörigen der in Gefangenschaft befindlichen deutschen Kriegern statt. Wie der Hauptredner, der Leiter der Gefangenenfürsorge vom Bad. Roten Kreuz, Prof. Dr. Paritsch, mitteilte, besteht begründete Hoffnung, daß die Gefangenen, welche unsere westlichen Gegner in Händen haben, nach Abschluß des Präliminarfriedens (Vorfrieden) nach Deutschland zurückkehren können. Nötig sei es deshalb, alle Bestrebungen zu unterstützen, die einen baldigen Vorfrieden gewährleisten.

Zur Rückkehr der Deutschen aus der Türkei.

WTB. Innsbruck, 13. Jan. Von den auf Grund des Waffenstillstands aus Konstantinopel ausgewiesenen Deutschen sind die ersten 600 Männer, Frauen und Kinder am 11. Januar in Innsbruck eingetroffen. Unter den Reisenden befinden sich u. a.: Geschichtsträger Graf Waldburg mit dem Personal der Botschaft, des Generalkonsulats und anderer Konsulate, ferner Beamte, Professoren und Lehrer aus türkischen Diensten und der deutschen Schule, Pressevertreter, Kaufleute, Leiter deutscher Unternehmungen, Beamte der Baghdadbahn. Die Abordnung des Roten Kreuzes, mehrere hundert Deutsche, mußten in Konstantinopel bleiben. Das deutsche Militär ist dort vorläufig in Saidar Pascha zusammengezogen.

Aus den besetzten deutschen Gebieten

o Basel, 13. Jan. (Privat.) Havas meldet: Der Eisenbahnverkehr Mühlhausen-Belfort wurde gestern ausgenommen.

o Saarbrücken, 12. Jan. (Privat.) Die französische Militärverwaltung teilt mit, daß aus Frankreich 26 000 kg Weizenmehl, 41 175 kg Gerstenmehl, 21 000 kg Hafer mit 4220 kg Fett eingetroffen sind und den Saarbrücker Zivilbehörden überlassen wurden, um die Versorgung bis 15. Jan. zu sichern. Weitere Lebensmittellieferungen würden nach Bedarf sicher gestellt.

o Mainz, 13. Jan. (Privat.) Zur Überwachung des Rheins sind hier franz. Flusspatrouillenboote aus Straßburg eingetroffen. Die Boote sind aus Holz gebaut, 16 Meter lang und mit kleinen Kanonen und Maschinengewehren besetzt.

o Mannheim, 13. Jan. Einer Schilderung über das Leben und Treiben der französischen Besatzung in Ludwigshafen entnehmen wir folgende Zeilen: Seit mehr als drei Wochen steht Ludwigshafen im Zeichen der Besatzung. Die braunen Matrosen, die Schwarzen vom Kongo sind in Straßen und Elektrizität, in Kaffeehäusern und Wirtschaften ein gewohntes Bild geworden. Vor den öffentlichen Gebäuden stehen Wachen mit aufgeschlagenem Bajonett und von den Fenstern des Bürgerbräu — dem Bureau de la place — flattert die Tricolore. An den Straßenecken bieten Zeitungserkäufer das „Echo de Paris“ und den „Matin“ feil und in den Auslagen der Buchhandlungen sind französische Konversationsbücher ausgestellt, die nicht nur von Franzosen gekauft werden. An den Sonntagen steht auf dem Jubiläumspark, wenn die französische Militärmusik spielt, die Bevölkerung Kopf an Kopf. Wenn aber die Dämmerung hereinbricht, dann sieht man zahllose Mädchen, die fremden Soldaten Arm in Arm mit einem Teil der Ludwigshafener, aber auch der zugereisten Weiblichkeit.

WTB. Mannheim, 13. Jan. Die bayerischen Landeswahlen sollten in der Pfalz am 2. Februar 1919 stattfinden, die französischen Besatzungsbehörden erklärten sich aber hiermit nicht einverstanden und verlangten die Abhaltung der Wahlen noch im Januar. Da auf den 19. Januar die Wahlen zur Nationalversammlung angesetzt sind, kommt als einziger Termin der 26. Januar in Betracht. Ein Beschluß ist hierüber noch nicht gefaßt.

Die Franzosen haben bis jetzt in dem von ihnen besetzten Gebiet Metalle, besonders Metallwalzen, im Werte von ungefähr acht Millionen beschlagnahmt. Die Schiffahrtsgesellschaft Klagen in Ludwigshafen wurde beauftragt, diese per Schiff nach Mühlhausen im Elsaß zu schaffen.

Die Vorgänge in Berlin.

Zur Lage.

WTB. Berlin, 13. Jan. (Wiederholt.) Die „Frei. Nachr.“ melden: Wie nunmehr feststeht, ist ein großer Teil der Spartakisten mit ungefähr 40 Maschinengewehren und einem kleinen Feldgeschütz sowie Munition auswärts gegangen. Auslagen von zwei gefangenen Spartakisten vor dem Stadtkommandanten bestätigten dies. Es ist ernstlich damit zu rechnen, daß Spartakus nunmehr versuchen wird, außerhalb Berlins sein Schreckensregiment fortzuführen. Aus der Brauerei Köhler, dem Hauptquartier der Spartakisten, sind vor der Einnahme durch die Regierungstruppen nicht weniger als 25 Last- und 6 Panzerautomobile fortgefahren. Die Soldatenräte der Großberliner Garnison haben in ihrer überwiegenden Mehrheit Beschluß gefaßt, in denen die Regierung aufgefordert wird, zur Herstellung der Ruhe und Ordnung in Berlin, die im „Vorwärts“-Gebäude und in den Zeitungsbetrieben gefangenen bewaffneten Spartakisten gerichtlich und ihre Führer standrechtlich abzurufen. Diese Beschlüsse sind veranlaßt worden durch neue Verluste der Unabhängigen, bei der Reichsregierung, die auf Amnestie der Spartakisten abzielen. — Bis Sonntagabend waren etwa 836 bewaffnete Spartakisten in Berliner Kasernen eingeliefert worden.

Die Bedeutung des Berliner Regierungsverlieges.

— Berlin, 14. Jan. Die Befreiung der Regierung von der ständigen Drohung durch die Minderheit hat, wie die „Deutsche Wlt.“ schreibt, eine innenpolitische und außenpolitische Bedeutung. „Zum ersten Male seit Beginn der Revolution und seit Ausschreibung

Die Wahlen zur Nationalversammlung wissen wir, daß diese Wahlen noch wirklich stattfinden werden. Da Berlin und die Reichsregierung diesem ihren guten Willen und ihre Kraft zur Staatsbildung und Staatsverwaltung erbracht hat, ist es am Reiche, das Mißtrauen gegen Berlin aufzugeben und alle deutschen Stämme zur einheitlichen Mitarbeit am Aufbau des Reiches aufzurufen. Nach außen ist mit der Bedingung in Berlin und der Sicherung der Wahlen zur Nationalversammlung eine wichtige Vorbedingung des Friedens geschaffen. In Berlin wurde darüber entschieden, ob das russische Beispiel eine weltliche Fortsetzung haben soll, oder ob Deutschland stark genug ist, auch in der Niederlage Herr seines Geschicks und seiner Geschichte zu bleiben. Die deutsche auswärtige Politik hat einen Aktionsplan gewonnen. Die Gegner müssen verhandeln und wir dürfen wieder zu einem neuen Frieden glauben, der uns in innerer Anarchie und äußerer Ohnmacht zu entschwinden droht.

Die beabsichtigte Absehung der Regierung.

D. Berlin, 14. Jan. (Privat.) Der „Vorwärts“ veröffentlicht heute das Manuskript der Verfügung des revolutionären Ausschusses vom 10. Januar, in der die Regierung Ebert-Scheidemann für abgesetzt erklärt und mitgeteilt wird, daß der revolutionäre Ausschuss die Geschäfte der Regierung vorläufig übernimmt. Unterzeichnet ist die Verordnung von Ledebour, Liebknecht und Scholze.

Die Gegendemonstrationen in Berlin.

W.B. Berlin, 13. Jan. Die Massendemonstrationen der Arbeiterpartei und der Deutschen demokratischen Partei gipfelten sich in einflussreichen Kundgebungen gegen die Gewalt Herrschaft der Spartakisten und für die Regierung Ebert-Scheidemann. Ein Zug der Deutschen demokratischen Partei zog vor die Reichskanzlei, um der Regierung und den Truppen den Dank für die Befreiung von der Spartakusmord auszusprechen. Für die Regierung dankte Roske, der u. a. sagte:

„Ich gebe Ihnen die feste Versicherung, daß schon in den nächsten Tagen in Berlin Ruhe und Ordnung herrschen werden. Ich werde dann den größten Teil der Truppen aus Berlin entfernen. Allerdings werde ich hier in Berlin diejenigen Truppenmengen zurückhalten, die zur Sicherstellung der Wahlen zur Nationalversammlung notwendig sind. Seien Sie auch versichert, daß die Reichsregierung keinen Augenblick vergessen hat, was sie den deutschen Brüdern und dem deutschen Land im Osten schuldig ist. Sie hat alles getan, um dieses Land fortan dauernd und sicher vor polnischer Wille zu schützen. Das deutsche Land und die deutschen Brüder im Osten dürfen die feste Zuversicht hegen, daß im Osten deutsch bleiben wird, was deutsch ist. Mit einem Hoch auf die Regierung und auf die Fronttruppen ging die Versammlung auseinander.“

Im zurückverbleibenden Polizeipräsidium.

W.B. Berlin, 13. Jan. Ein Mitarbeiter des „Berl. Tagbl.“ hatte Gelegenheit, den stellvertretenden Polizeipräsidenten Richter zu sprechen. Der Polizeipräsident teilte mit, daß die wichtigsten Ämter noch im Hause befinden, der Erlösungsbescheid scheint ebenfalls unversehrt zu sein. Die Kriminalbeamten, die es unter Eilhoorn nicht länger aushalten konnten, werden am Montag ihr altes Gebäude beziehen. Die Regierungstruppen hatten bei dem Sturm drei Tote und einige Verwundete. Die Sturmenden bestanden lediglich aus Regierungstruppen, die Verteidiger zum größten Teil aus bewaffneten Zivilisten. Der größte Teil des Sicherheitsdienstes ging noch während der Nacht zur Regierung über.

Mit dem Fall des Polizeipräsidiums ist auch für die Berliner Schutzmannschaft, aber wie die heutige Regierung sie umgestaltet hat, Wachmeister, eine Veränderung ihrer Dienstverhältnisse eingetreten. Ein Erlaß des Ministers Ernst an sämtliche Polizeikommissare gibt bekannt, daß alle Erlasse des bisherigen Polizeipräsidenten Eilhoorn ungültig seien. In demselben Augenblicke, als der Erlaß in den Polizeikommissariaten bekannt wurde, haben sämtliche Schutzleute die rote Binde herabgerissen. Am gestrigen Sonntag erschienen als Vertreter des Leiters des Berliner Polizeipräsidiums der Minister Eugen Ernst und Regierungsrat Koyser, sowie Polizeioberst Fröhlich und dessen Adjutant, Polizeileutnant Hege in dem Dienstgebäude am Alexanderplatz.

Vor der verammelten Schutzmannschaft sprach Leutnant Hege aus, daß die Regierung mit den bisherigen Maßnahmen des Polizeipräsidiums nicht einverstanden gewesen sei und nunmehr nach dessen Absehung die Schutzmannschaft wieder zur Bekämpfung des Verbrechertums, das sich jetzt besonders breit mache, herangezogen werde. Zu diesem Zwecke würden sie auch ihre Waffen wieder zurückerhalten, um ungeachtet der bisherigen Vorgänge wie früher für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Eine Entschädigung für ihre schwere Arbeit sei ihnen gewiß.

Neue Unruhe im Zeitungsdrucker.

W.B. Berlin, 14. Jan. Mit Einbruch der Dunkelheit wurde es gestern wieder im Zeitungsdrucker unruhiger und in den späteren Abendstunden, insbesondere zwischen 10 und 11 Uhr, war das Schießen ziemlich heftig. Wie man hört, sind in den Bodenkammern einiger Häuser immer noch Reste der Spartakusleute verborgen, die in der Nacht auf die Dächer steigen und von dort die Schuwachen der Zeitungsgebäude beschleichen.

Das Verbot des Waffentragens.

W.B. Berlin, 13. Jan. (Frankf. Ztg.) Wie wir erfahren, soll sofort eine Verfügung erlassen werden, nach welcher es jedem Zivilisten, der nicht im Besitz einer von der Regierung ausgegebenen Bewaffnung ist, verboten ist, irgend welche Waffen bei sich zu führen. Diese Verfügung soll gewissermaßen an die Stelle des Besatzungsstatus treten.

Die Einigungsbestrebungen der Sozialdemokratie.

— Berlin, 13. Jan. Die Unabhängige sozialdemokratische Partei in Bayern verbreitet einen Aufruf, in dem sie die Wiederherstellung einer einheitlichen sozialdemokratischen Partei als möglich und notwendig bezeichnet.

Gegen die Spartakistenführer.

D. Berlin, 14. Jan. (Privat.) Wie wir von zuverlässiger Seite hören, ist von der preussischen Regierung ein Haftbefehl erlassen worden gegen Axel Liebknecht, Rosa Luxemburg, Nabel und nachträglich gegen die schon verhafteten Agitatoren Ledebour und Dr. Maier.

W.B. Berlin, 13. Jan. Wie aus Steglitz gemeldet wird, ist die dortige Wohnung Liebknechts heute polizeilich durchsucht worden.

D. Berlin, 14. Jan. (Privat.) Wie der „Vol.-An.“ aus dem Polizeipräsidium erzählt, ist Nabel bestimmt nicht mehr in Berlin. Von Liebknecht und Ledebour ist bis zur Stunde jede Spur verschwunden, doch hofft man, daß die Nachforschungen Aufspürpunkte für den Verbleib dieser beiden Spartakisten ergeben. Die Regierungstruppen haben Befehl erhalten, schonungslos gegen das gemeingefährliche Treiben der Spartakisten vorzugehen.

Die Streikbewegung der Berliner Eisenbahner.

W.B. Berlin, 14. Jan. Ueber die Streikbewegung der Eisenbahner in Berlin, die gestern eine Massendemonstration

auf dem Tempelhofer Feld abhielten, wird übereinstimmend in verschiedenen Morgenblättern berichtet, es sei ganz klar, daß es sich um einen politischen Streik handelt, der von Spartakusisten angezettelt, dazu dienen sollte, die Unordnung und Unruhe zu vergrößern und Truppenverschiebungen zu verhindern.

Der Eisenbahndirektionspräsident erklärte einem Berichtserfasser gegenüber, daß es sich nicht um einen Lohnstreik handele, die Streikenden wollten vielmehr die Regierung zur Abdankung zwingen. Er sei überzeugt, daß morgen der größte Teil der Streikenden den Dienst wieder aufnehmen wird. Der Verkehr müsse unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Die Regierung habe das bisher nicht achtlos beiseite gelassen. Neue Verhandlungen seien zwischen ihr und der Direktion im Gange und er werde, wo es notue, auf einen starken militärischen Schutz rechnen können.

D. Berlin, 14. Jan. (Privat.) Der Beschluß der Eisenbahner im Direktionsbezirk Berlin, in den Streik einzutreten, ist bisher nur vom Ausschuh der Eisenbahner gefaßt worden. Es bleibt abzuwarten, ob die Mehrheit der Eisenbahner diesen Beschluß durchführen wird. Die preussische Regierung hat in mehrstündigen Verhandlungen den Eisenbahner ein dringlich die außerordentlichen Gefahren vor Augen gestellt, die ein solcher, die Volksgesamtheit schwer schädigender Schritt zur Folge haben könnte. Insbesondere hat sie darauf hingewiesen, daß dadurch die Ernährung des gesamten deutschen Volkes in Frage gestellt werde, der Friede aber nicht früher kommen könnte.

Weiter haben die Vorhaltungen nur wenig Eindruck auf die Vertreter der Eisenbahner gemacht. Die Verhandlungen mit der Regierung und dem Zentralrat endeten damit, daß die Vertrauensleute der Eisenbahner in einer Kommission mit 14 gegen 10 Stimmen den Generalkreis beschlossen. Die endgültige Abstimmung soll heute vormittag in den Betrieben in 7 Werkstätten der Berliner Eisenbahnverwaltung vorgenommen werden.

Die Geschehnisse im Reich.

Vorbereitung eines Verfassungsentwurfes.

D. Berlin, 14. Jan. (Privat.) Die Reichsregierung veröffentlicht heute im „Vorwärts“ einen Aufruf an das deutsche Volk im Hinblick auf die deutschen Nationalwahlen. Es heißt darin:

„Die gegenwärtige Regierung bereitet den Entwurf einer Verfassung vor, der das freie Selbstbestimmungsrecht des Volkes vor allem gegen revolutionäre und terroristische Bestrebungen schützt. Sie ist bemüht einen Frieden zu errichten, der die Freiheit des deutschen Volkes auch nach außen sicher stellt und die Gründung eines Völkerverbundes zum sichern Schutz gegen neue Kriegsgefahren ermöglicht. Die Feststellung der nationalen Besitzverteilung im Osten kann nur Aufgabe der Friedenskonferenz sein. Gegen den polnischen Annexionsismus bedarf unser Land des Schutzes, den ihm das Volk nicht verweigern wird. Nicht minder gilt es unsere Grenze gegen die neue russische Militärdespotie zu schützen.“

Die Dinge in Halle.

W.B. Halle a. d. S., 13. Jan. Die in den letzten Tagen gestiegene Mißstimmung von Garnison und Bürgerchaft über die Verwaltungstätigkeit des hiesigen Soldatenrates führte am Samstag zu einem am Samstag abgehaltenen Ultimatum des hiesigen Artillerieregiments Nr. 75 an den Soldatenrat, der sich mit der Frage von Neuwahlen einverstanden erklärt hat. Die Hauptforderung des Regiments war die Übernahme sämtlicher Verwaltungsbereiche des Soldatenrates und die Auflösung des Sicherheitsregimentes einschließlich der Wafrosenkompanie.

Während die Verhandlungen am Sonntag nachmittag in der Artilleriekaserne andauerten, kam es auf dem Nikolaus-Platz neben dem Hauptquartier des Soldatenrates zu stundenlangen Zusammenkünften. Dem Fahnenträger eines Demonstrationszuges wurde das schwarz-rot-goldene Band heruntergerissen, worauf sofort eine Schießerei einsetzte, der aus der Magdeburgerstraße von Zeit zu Zeit Maschinengewehrschüsse folgten. Mehrere Personen trafen verwundet zusammen. Eine soll gestorben sein. Abends sah man Artilleristen mit Wafrosen einträchtig durch die Straßen ziehen. Ueber den Ausgang der Verhandlungen ist noch nichts Zuverlässiges bekannt geworden.

Von der Waterkant.

W.B. Berlin, 13. Jan. Nach der „B. Z.“ ist während in Berlin die Regierung über die Spartakisten gesteht hat, in Bremen die Herrschaft von Spartakus vollständig zur Durchführung gelangt. Anfang voriger Woche fanden in Bremen Neuwahlen zum Arbeitererrat statt, die das überraschende Ergebnis hatten, daß die Mehrheitssozialisten in viel größerer Stimmenzahl in den Arbeitererrat einrückten als bisher. Um dieses Ergebnis wieder aus der Welt zu schaffen, beschloß man in den Kreisen der Unabhängigen und Kommunisten, die Zulassung der Mehrheitssozialisten zum Arbeitererrat unmöglich zu machen. Am vergangenen Freitag wurde eine große Demonstration veranstaltet und beschlossen, daß ein Rat der Volksbeauftragten gebildet, ein Stadtkommandant ernannt und die bürgerliche Presse unter Vorzensur gestellt werden sollte. Gleichzeitig wurde die unabhängige sozialistisch-kommunistische Republik Bremen ausgerufen. Der Rat der Volksbeauftragten besteht u. a. aus dem Sozialisten Hense und dem Kommunisten Rautel. Die bürgerliche Presse ist tatsächlich unter Vorzensur gestellt worden.

Im Gegensatz zu den Vorgängen in Bremen hat sich in Wilhelmshaven ein Umschwung zugunsten der Mehrheitssozialisten vollzogen. Die Nachrichten laufen spärlich ein, doch steht fest, daß die Unabhängigen und Kommunisten in Wilhelmshaven von Regierungstruppen belagert werden und daß die Unabhängigen in Wilhelmshaven Hilfe aus Bremen zu erlangen versucht haben.

Am Samstag wurde in Oldenburg der Präsident der Republik Ostfriesland, Ruhn, gestürzt und dort wieder eine mehrheitssozialistische Regierung eingeführt.

Der Streik im Ruhrgebiet.

W.B. Berlin, 14. Jan. Ueber den Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet, der in ununterbrochener Weise andauert, wird in verschiedenen Morgenblättern berichtet: Die Zahl der Streikenden hat sich gestern auf rund 40 000 Mann belaufen. Auf einer Anzahl von Zechen hätten Bergleute gestern die Arbeit wieder aufgenommen. Die betreffenden Zechen seien aber durch Gruppen von Spartakusisten, die einen Demonstrationsstreik erzwingen wollten, wieder stillgelegt worden.

In Duisburg.

W.B. Duisburg, 13. Jan. In der gestrigen Verhandlung im Rathaus zwischen dem Arbeitererrat und den Vertretern der kommunistischen Partei unter dem Vorhine des Oberbürgermeisters wurde die sofortige Zurückgabe der Volkswache und der von der Bürgerchaft abgegebenen Waffen zugestanden. Hiernach erklärt die Polizeiverwaltung, den alleinigen Sicherheitsdienst unter der alten Bewachung und unter der alten Führung wieder aufzunehmen. Wie die „Rhein- und Ruhrzeitung“ berichtet, sind Verhandlungen im Gange, um den Eigentümern der von den Spartakisten besetzten mehrheits-

sozialistischen „Volkstimme“ ihr Eigentumsrecht und die Wiederaufnahme des Betriebes zu sichern.

Aus Düsseldorf.

W.B. Düsseldorf, 12. Jan. Oberbürgermeister Dr. Dehler erklärt die Meldung der Agence Havas, daß der Polizeipräsident (Beirat) und der Bürgermeister von Düsseldorf sich in den Schutz der belgischen Besatzung begeben und dort die Besetzung der Stadt Düsseldorf beantragt hätten, als unwahr. Er habe den von den Belgiern besetzten Stadtteil lediglich aufgesucht, um der vom Spartakusbund angedrohten Festnahme als Geisel zu entgehen. Dasselbe habe einen Tag später der Polizeidezernent getan.

Die Vorgänge in der Provinz Posen.

W.B. Bromberg, 13. Jan. Ueber die Lage in Bromberg wird uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt, daß man der Entwicklung der Dinge mit voller Zuversicht entgegensehen kann und daß ein Grund zu irgendwelcher Beunruhigung nicht besteht. Schablin und Rablshin befinden sich in polnischem Besitz, ebenso sind die Polen in Rehwalde eingezogen, während die deutschen Truppen den Übergang über den Kanal bei Rehwalde halten. Die Streitkräfte halten die Linie Zille-Zille-Lonee-Neht-Hofgarten.

W.B. Posen, 12. Jan. Ueber die derzeitige militärische Lage in Posen erfahren wir von polnischer Seite: Im Abschnitt Hohenjalla ist die Lage unverändert, im Abschnitt Znin haben polnische Abteilungen Wlshyn und Schubyn besetzt. Znin ist von den polnischen Truppen umzingelt. Weitere Kämpfe sind im Gange. Bei Pshutoshen haben sich die polnischen Abteilungen unter dem Druck überlegener deutscher Kräfte zurückgezogen. Im Süden bei Storchne an der Bahnlinie Kofien-Costyn haben die Polen 2 Geschütze genommen. Die deutsche Artillerie besetzt Pawlowic.

W.B. Posen, 13. Jan. General Dowbor Dusanich ist von dem obersten polnischen Volktrat zum Oberkommandierenden der polnischen Streitkräfte ernannt worden. Er ist dieser Tage mit seinem Stabe in Warschau eingetroffen.

Hindenburg leitet den Grenzschutz.

D. Berlin, 14. Jan. (Privat.) Bromberger Zeitungen melden, daß Feldmarschall von Hindenburg in den nächsten Tagen das Kommando über den gesamten Grenzschutz übernehmen wird.

Die Lage in Oesterreich-Ungarn.

Tirol Freistaat.

W.B. Innsbruck, 13. Jan. Korr.-Bur. Der gestern auf Veranlassung der Tiroler Volkspartei hier abgehaltene Bauerntag nahm eine Entschiedenheit an, welche besagt, daß mit Wegfall der Dynastie alle Rechtsbände, die Tirol mit den übrigen Ländern Oesterreichs verbunden, endgültig gelöst sind und Tirol ein völlig selbständiger Freistaat geworden ist. Das Land Tirol besteht daher auf uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht über seine Verwaltung, insbesondere über sein staatsrechtliches Verhältnis zu anderen Staaten und wird dieses Recht im Wege der allgemeinen Volksabstimmung ausüben.

Von den für die Wiener Nationalversammlung zu wählenden Volksvertretern verlangen wir, daß sie alles tun, was geeignet ist, die Wiedervereinigung des deutschen Südtirols und des Tiroler Gebietes mit dem übrigen Deutschtirol herbeizuführen und das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht des Landes zu sichern.

Madajsen nach Belgrad verbracht?

W.B. Wien, 13. Jan. (Wiederholt.) Das M.A.B. meldet aus Ugram: Generalfeldmarschall von Madajsen ist nicht nach Saloniki, sondern nach Belgrad gebracht worden, wo er interniert gehalten wird. Anlaß zur Internierung war, daß seine Armee sich der Entwaffnung und Internierung entzogen hatte und nach Deutschland geflüchtet war. Nur einige Tausend Mann wurden festgehalten. Generalfeldmarschall von Madajsen hat sich deswegen vor den Ententemächten zu veranbworten.

Aus Luxemburg.

Gegen die Umkehrbewegung in Luxemburg.

W.B. Luxemburg, 13. Jan. Die Regierung veröffentlicht eine Proklamation, die die revolutionäre Bewegung, die Proklamierung der Republik, sowie die Wegung der Dynastie verurteilt, da sie die nationale Ehre des Großherzogtums kompromittiere. Die Proklamation enthält einen Aufruf zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Sie kündigt badige wirtschaftliche Verhandlungen mit der Entente an, besonders mit Frankreich.

Die Großherzogin, welche fürchtet, ein Hindernis für die Verhandlungen zu sein, erklärte sich aber schon zum Verzicht bereit und die Regierung zu beauftragen, die notwendigen Maßnahmen für die Wahrung der Unabhängigkeit des Landes zu treffen. Der Aufruf betont, daß in der Aufrechterhaltung der Dynastie die wesentliche Garantie für die Unabhängigkeit des Landes liege. Die Entscheidung über die Frage der Absehung der Dynastie soll einer Volksabstimmung vorbehalten bleiben.

Vermischtes.

o Innsbruck, 13. Jan. (Privat.) Ein aus Innsbruck kommender vollbesetzter Zug mit heimtückenden wessitrolischen Missethungen ist an der Südseite des Brennerpasses bei Schellerberg in voller Fahrt von einer Lawine über die Böschung hinabgeschleudert worden. Bisher wurden 3 Tote und viele Verletzte gemeldet.

o Bern, 12. Jan. (Privat.) Das „Tagbl.“ meldet aus Genava: Auf dem Flugfelde von Pifa sind laut „Caffaro“ durch Hochwasser 40 Aeroplane zerstört worden. Die Küstenbahn Pifa-Livorno ist infolge Hochwasser unterbrochen.

W.B. Newyork, 12. Jan. (Wiederholt.) Der Millionär J. Lebaudy, der sich früher Kaiser der Sahara nannte, ist von seiner Frau erschossen worden. Sie wird jetzt bewacht. Da sie zusammengebrochen ist, vermag sie keine Aussagen zu machen. Frau Lebaudy hatte fünf Schüsse abgegeben, die alle trafen.

Der Generalkreis in Argentinien.

W.B. Buenos Aires, 12. Jan. Havas. Die Arbeitergewerkschaften proklamieren den Generalkreis für die ganze Republik. Die Eisenbahnen von Mittel- und Westargentinien haben den Betrieb eingestellt. Marineuppen wurden zur Aufrechterhaltung der Ordnung entsendet.

Badische Chronik.

8. Durach, 13. Jan. Das bekannte Hotel zur 'Arons', Hauptstraße 58, seitherige Besitzerinnen Karoline und Katharina Stein...

1. Mannheim, 13. Jan. Der 45-jährige Zimmermann Friedrich Leichert, der Wachhabender bei der Volkswehr ist...

8. Hornberg, 13. Jan. Im Alter von etwa 60 Jahren ist in Gutach Frau Professor Nannette Stengel gestorben.

et. Freiburg, 12. Jan. Infolge der immer größer werdenden Knappheit an Kohlenzufuhr hat sich der Stadtrat zu weiteren Einschränkungen im Gaslichtverbrauch entschließen müssen.

a. Schönau i. B., 12. Jan. In der Bürgerauschussung wurde der Sparauswiesenschein von 24 000 Mk. zu folgenden Zwecken verteilt: 10 000 Mk. für Erwerbslosenfürsorge...

a. Melsberg (N. Schönau), 12. Jan. An einem Leiden, das er sich im Felde zugezogen hat, ist Bürgermeister Hermann Sprich nach kurzem Krankenlager gestorben.

1. Wörth, 13. Jan. Im Alter von 75 Jahren verstarb der Obergeometer Wilhelm Börslinger, einer der ältesten diensttunenden Beamten Schwabens.

Die Wahlen zur Reichsnationalversammlung.

3. Karlsruhe, 13. Jan. Heute vormittag fand im Ministerium des Innern eine Sitzung des Wahlausschusses für die deutsche Reichsnationalversammlung statt.

Die Wahlnominierungen der Wahlkreise durch die öffentlichen Ordnung und Sicherheit verboten. Karlsruhe, 14. Jan. Eine öffentliche Wählerversammlung der Deutschen demokratischen Partei auf Mittwoch den 15. Januar, abends 8 Uhr, ein. Redner: Robert Meißner, Baezold und Prof. Reiser.

Waden-Waden, 12. Jan. Außerordentlich zahlreich hatten sich Wähler und Wählerinnen zu einer der Deutschen Demokratischen Partei im Kurhaus veranstalteten öffentlichen Versammlung eingeleitet.

Die Flucht der Schwester Eva-Marie.

Eine heitere Geschichte aus erster Zeit.

Von Albert Herzog.

(1. Fortsetzung.)

Das goldblonde Mädchen an Martinus Bett wurde zu einem goldblonden Friseur. Und dann lag in dem wundervollen Oval des Gesichts, in dem jetzt etwas herrlicherer Stolz mit der Mädchenname...

Diese Rede war länger geworden, als Schwester Eva-Marie jemals beabsichtigt hatte. Und doch, dem Herrn Hauptmann Martini schien sie noch nicht lang genug zu sein.

funden, in welcher das Mitglied der badischen Nationalversammlung, Herr Staatsrat Dr. Glöckner, über den badischen Verfassungsentwurf einen Vortrag hielt, an dem er selbst einer der vier Mitarbeiter ist.

Verband Südwestdeutscher Industrieller.

o Karlsruhe, 12. Jan. Am Mittwoch, den 8. Januar d. J., fand in Karlsruhe eine Vorstandssitzung der Abteilung Wasserwirtschaft des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller statt.

Generalversammlung der Badischen Brauereieinkaufsgenossenschaft.

= Offenburg, 13. Jan. Am Donnerstag fand in der Brauerei am 'Eichel', B. Kempf, in Offenburg eine außerordentliche Generalversammlung der badischen Brauereieinkaufsgenossenschaft e. G. m. b. H. statt.

Nach der Aufsichtsratsung eröffnete der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Brauereibesitzer U. Horn-Eppinger die aus allen Teufen des Landes von Kleinstbräuern gut besuchte Versammlung.

Nachdem durch den Geschäftsführer Dr. Karlowa-Karlsruhe die Bilanz für 31. Dezember 1917, die infolge der Kriegsvorkämpfe und völligen Stilllegung der Genossenschaft seit 1. Januar 1917 aufgelegt werden konnte, vorgelesen und durch die Versammlung genehmigt war, wurde als Hauptpunkt der Tagesordnung über die Weiterführung der Genossenschaft verhandelt.

Auf privatim bei der Versammlung geäußerte Wünsche beachtlich die Brauereieinkaufsgenossenschaft sich jetzt mit der Vermittlung von erwerblich gewordenem Heeresgerät, das sich für den Brauereie- und Wirtschaftsbetrieb eignet, an ihre Mitglieder und solche Brauer, welche der Genossenschaft Interesse entgegenbringen, zu befassen.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 14. Januar.

Technische Hochschule Karlsruhe. Der Rektor der Technischen Hochschule, Geh. Hofrat Prof. Graßmann, hat sich infolge schwerer Erkrankung genötigt gesehen, das Rektorat niederzulegen.

werbe und Landwirtschaft erteilt worden sind, wurden vom Ministerium zurückgezogen.

Verlegungen in badische Regimenter. In letzter Zeit erbitten vielfach Leute, die ihren Urlaub in Baden verbringen, beim Generalkommando Verlegung zu einem badischen Truppenteil.

(1) Straßlach. Die Reichsregierung hat eine Verordnung erlassen, nach der die bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften auf Grund des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst verhängten, aber noch nicht gezahlten oder verbüßten Strafen erlassen werden.

Na. Lebensmittelverteilung. Diese Woche werden u. A.: Hafersflocken, Graupen, Kunsthonig, Kindernahrungsmittel und Zichorie ausgegeben. Seit gibt es in den Fettverkaufsstellen Nr. 201 bis 206, die Eiermarkte Nr. 102 wird ab Mittwoch gegen 1 Ei (Rührei) eingelöst.

(*) Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel. Im Bad. Ges.-Verordn.-Blatt wird bekanntgegeben: In denjenigen Gemeinden, in denen durch besonders starken Wohnungsmangel eine Kollage entstanden ist oder droht, kann das Ministerium die Gemeindebehörden ermächtigen, die in §§ 4 und 5 der bundesrätlichen Verordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. Sept. 1918 bezeichneten Anordnungen auch hinsichtlich benutzter Wohnungen und Räume zu treffen.

Die Aufbarmachung der kädtischen Abwässer.

+ Karlsruhe, 14. Jan. Wie schon gemeldet, hat der Karlsruhe Stadtrat schon voriges Jahr einen Plan fertigen lassen, zur Aufbarmachung der kädtischen Abwässer, die bekanntlich durch die Schwemmkanalisation dem Rhein zugeführt werden und so der Verwertung für die Allgemeinheit verloren gehen.

In den letzten Tagen hat dieser Plan insofern eine bedeutende Aenderung erfahren, als der Stadtrat angefragt hat, die Rieselwerke nicht wie zuerst geplant, auf dem Hochgelände von Teufels- und Welscheneurt, sondern in nächster Nähe der Stadt unter Benützung des nördlichen Teiles des Erzierplatzes und des nördlich daran angrenzenden Teiles des Hartwaldes anzulegen.

Die Ausführung dieses Planes würde eine Reihe von Vorteilen bieten gegenüber dem ersten Projekt. Ganz abgesehen von der Notwendigkeit der Umwandlung des Erzierplatzes folgende Vorteile:

1. Könnten hier die notwendigen Vorarbeiten sofort nach der Genehmigung durch die Staatsbehörde in Angriff genommen werden, da die bei der Anlage von Rieselwerken bei Neurent nicht zu umgehenden langwierigen Verhandlungen mit den Eigentümern der Grundstücke hier in Wegfall kommen würden.

2. Zur Gewinnung der nötigen Humusfrucht auf dem folgenden Boden des Erzierplatzes soll der Rest des Müllbügels beim Gaswerk verwandt werden; außerdem könnte, soweit dieser nicht ausreicht, das täglich aus der Stadt abzuführende Müll dazu benutzt werden.

Für die Anlage von Rieselwerken, die einen ungewöhnlich hohen Futterertrag versprechen, ist ein dem Schwemmkanal benachbarter Teil des Hartwaldes bei Neurent vorgesehen.

Durch baldige Inangriffnahme der Arbeiten ein großer Teil der Arbeitslosen beschäftigt werden könnte, braucht wohl nicht besonders betont werden.

Todesfälle aus den Standesbüchern Karlsruhe.

Todesfälle. 10. Jan.: Karl Weber, 67 Jahre, Badstr. 11, 62 Jahre. — 11. Jan.: Günther, alt 16 Tage, Vater Gust. Schneider, Nachrichtenbauwart; Marie Emmerich, 66 J., Rindfleischstr. 11, alt 50 Jahre; Hilde, alt 1 Jahr 5 Monate, 4 Tage, Vater Emil Zeiss, alt 62 Jahre; Oberpostassistent; Peter Spengler, ledig, Knedl, alt 62 Jahre; Justine Göhler, alt 62 Jahre, Witwe von Karl Göhler, Schlosser. — 12. Jan.: Wilhelm, alt 7 Monate 24 Tage, Vater + Wilh. Bohmannberger, Bäcker; Marie Elmer, alt 41 Jahre, Ehefrau von Franz Elmer, Polierergant.

gehend) und doch hätte er darauf schwören mögen, daß die Geschichte mit der blonden Schwester Eva-Marie kein Traum gewesen war. Da wachte nach einem leichten heiserhüllenden Schrecken Karl Friedrich Häbele plötzlich auf, sah, daß der Patient mit offenen, frischen Augen um sich schaute, sprach eifrig vom Stuhl empor, rief die 'Mahlstäube' (das er zärtlicher wie je liebte, seit es ihm halb des Dienstes an der Front die Heimatshilfsdienststelle übertragen hatte) in eine ammutvolle Lage und sprach, während die Hände noch nach der Hofenacht rechts und links vom 'Büchlein' lüschten:

'Nede gehorsamst, daß Herr Hauptmann sich gesund geschlafen habe und auf Wunsch des Herrn Hauptmanns der Herr Chefarzt an Stelle von Schwester Eva-Marie den hierorts anwesende Hilfskünstler Häbele mit Ausübung weiterer Pflege betraut hat.'

Hauptmann Martini dankte dem Wiedern und kam nach. Was das, was er von der goldblonden Schwester Eva-Marie geträumt hatte, Wirklichkeit gewesen? Und nun hatte er sie selbst fortgeschickt, ob er sie herbeirufen ließ, um ihr ein freundliches Wort zu sagen?

'Ist die Blon... ist Schwester Eva-Marie im Hause und kann ich sie sprechen?'

'Zu Befehl, nein, Herr Hauptmann. Schwester Eva-Marie ist auf ihre höchstheilige Wunsch heute morgen zur Rekonvaleszenz-Pflege nach Waden-Waden verlegt worden, um an der Herr Chefarzt meine, es daß dem Schwesterlein gut, wege weil sie sich durch die viele Nachtwache beim Herr Hauptmann arg heruntergeknipst hat.'

Hilfskünstler Häbele hielt in keinem langatmigen Satz inne, als er plötzlich bemerkte, daß Hauptmann Martini ganz still da lag, die Augen unmerklich auf einen Punkt an der Wand gerichtet.

'An i kanns behaupten', sagte hinterher Häbele zu der Aufwärtlerin Lene, als er ihr von dem Aufwachen des Hauptmanns Bericht erstattete, daß auf kaltem Fieck an der Wand ab nicht die kleinsten Waden-Waden 156.

(Fortsetzung folgt.)

